

angelastet. Das sind etwa 3.000 Erkrankungen pro Jahr. Deshalb zeuge Flaths Haltung von einer zynischen Einstellung gegenüber einer Gefahr, die für Betroffene tödlich sein könne, heißt es im BMU. Diese Haltung sei auch deshalb verwunderlich, weil der sächsische Umweltminister noch im Mai 2003 dem Bundesumweltminister selber Vorschlä-

ge für bundesweite Regelungen zur Radonproblematik unterbreitet habe. Er habe auf Meßprogramme des sächsischen Umweltministeriums verwiesen, in denen bestätigt wurde, daß auch in Randgebieten des Erzgebirges und im Lausitzer Gebirge nicht unerhebliche Radonkonzentrationen in Gebäuden auftreten können.

Da Radon mit unseren Sinnen nicht wahrgenommen werden kann, sei das Bewußtsein des Risikos von Radon bei den meisten Menschen nicht vorhanden, wird im BMU bedauert. Deshalb müsse von staatlicher Seite im bestimmten Umfang durch eine Regelung dafür gesorgt werden, daß ein adäquater Schutz für die betroffenen Menschen sicherge-

stellt wird. Empfehlungen zum Schutz vor Radon seien mehr als zehn Jahre alt, Initiativen zur Sanierung von Häusern in diesem Zeitraum jedoch nur in wenigen Einzelfällen ergriffen worden. Dies gelte auch für Sachsen, wo sogar ein Förderprogramm existiere. ●

Medizinische Strahlenwirkungen

Zur Mammographie verwendete Röntgenstrahlen sind fünffach stärker krebserregend als bisher angenommen

Britische Wissenschaftler fordern eine nochmalige Überprüfung des Nutzens von Mammographie-Untersuchungen.

Über die biologische Wirksamkeit der 29kVp-Röntgenstrahlung, die für Mammographie-Massenuntersuchungen (Screening) verwendet wird, herrscht derzeit ein heftiger Streit. Der Ausgang dieser Auseinandersetzung wird entscheidende Auswirkungen auf die Berechnung des Ausmaßes der Strahlenrisiken durch Brustkrebs-Screening haben. G. J. Heyes und A. J. Mill von der Radiation Biophysics Group an der Fakultät für Physik und Astronomie der Universität von Birmingham in Großbritannien, stellten im August 2004 in der Zeitschrift Radiation Research eine „definitive Abschätzung“ der biologischen Wirksamkeit von 29 kVp-Röntgenstrahlung vor, im Vergleich zur Strahlung, der die Atombombenüberlebenden ausgesetzt waren. Als radioaktive Quellen verwendeten Heyes und Mill einerseits ein Atombomben simulierendes Strahlenspektrum und andererseits 2,2 MeV-Elektronen einer radioaktiven Strontium-90/Yttrium-90 (90Sr/90Y)-Quelle. Damit bestrahlten sie CGL1- (HeLa x human fibroblast hybrid-) Zellen und betrachteten deren

neoplastische Umwandlung in vitro. Dabei fanden sie zwischen den beiden Hochenergie-Quellen keine signifikanten Wirkungsunterschiede. Eine $4,42 \pm 2,02$ -fache relative biologische Wirksamkeit (RBE(M)) fanden sie dagegen für 29 kVp-Röntgenstrahlung im Vergleich zu den zwei radioaktiven Quellen. Früher veröffentlichte Daten ergaben Werte von $4,67 \pm 3,93$ und $3,58 \pm 1,77$, wenn als Vergleichsstrahlung 200 und 220 kVp-Röntgenstrahlung verwendet wird. Dies lege nahe, daß das mit dem Mammographie-Screening verbundene Risiko etwa fünffach höher ist als zuvor angenommen und es sei angezeigt, den Risiko/Nutzen-Vergleich von Mammographie-Untersuchungen nochmals einer Überprüfung zu unterziehen, schließen die Autoren.

G. J. Heyes, A. J. Mill: The neoplastic transformation potential of mammography X rays and atomic bomb spectrum radiation. Radiat Res. 2004 Aug;162(2):120-7. ●

Belarus/Weißrußland

Keine Ausreise mehr für Tschernobyl-Kinder

Der weißrussische Präsident Lukaschenka will die Reisefreiheit für Minderjährige abschaffen. Nur in Ausnahmefällen solle Kindern künftig eine Auslandsreise erlaubt sein. So zitierte die Zeitung „Moscow Times“ Lukaschenka am 19. November 2004 einer Meldung des Evangelischen Pressedienstes (epd) zufolge. Bei Aufenthalt im Westen würden weißrussische Kinder mit den schädlichen Werten der westlichen Konsumgesellschaft konfrontiert. Bei einer Rede zur Eröffnung des neu gewählten ukrainischen Parlaments sprach sich der autoritär regierende Staatsschef zudem gegen Adoptionen weißrussischer Kinder durch Ausländer aus. „Dies ist eine Schande für den Staat und wir müssen ein für allemal Schluß damit machen“, sagte Lukaschenka der Zeitung zufolge. Jede Adoption und jeder Kuraufenthalt weißrussischer Kinder im Ausland müsse in Zukunft vom Bildungsminister persönlich genehmigt werden.

Bislang hatten viele von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl betroffene Kinder Erholungsferien in Westeuropa verbracht. Die hannoversche Landesbischofin Margot Käßmann hat die Ankündigung des weißrussischen Präsidenten scharf kritisiert. „Mich macht fassungslos, wie sich

hier ein selbstherrlicher Politiker an Kindern vergreift“, sagte Käßmann epd zufolge am 19. November 2004. Seit 1990 sind in der hannoverschen Landeskirche jedes Jahr rund tausend Kinder aus Weißrußland zu Gast, um sich von den Spätfolgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zu erholen. „Wer einmal die Kinder vom Flughafen abgeholt hat und sehen konnte, wie sie nach ihrem Aufenthalt gestärkt, erholt und voller Hoffnung wieder nach Hause reisen, kann Lukaschenkas Ankündigungen nur als zynisch bezeichnen“, sagte die Bischöfin. Durch Lukaschenkas Äußerungen werde einem ehrenamtlichen Engagement aus christlicher Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit brutal der Boden entzogen.

In einem Offenen Brief an den weißrussischen Botschafter in Deutschland, Skworzow, schreibt der Vorsitzende der Tschernobyl-Initiative in der Probstei Schöppenstedt e.V., Paul Koch: „Sollte er [Lukaschenka; d.Red.] als orthodoxer Christ ernsthaft meinen, dass unsere Werteinstellung schädlich für die erholungsbedürftigen Kinder ist, dann greift er die Werte des „christlichen Abendlandes“ und des Christentums an. Das kann er nicht wirklich meinen. Ich vermute eher, dass es für seine Politik schädlich erscheint,